

weiter bilden

DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung



Weiterbildungsrepublik

Auf dem Weg in die
Weiterbildungsrepublik?
Staatssekretärin Leonie Gebers
im Gespräch

Meine Bildungsplattformen?
Wie »Mein Bildungsraum« und
»mein NOW« die Weiterbildung
verändern (wollen)

Weiterbildungsrepublik
ganzheitlich?
Allgemeine WB und EB in der
Weiterbildungsrepublik

AUSGABE 2 — 2024

Die Entwürfe der Weiterbildungsrepublik konzentrieren sich stark auf die berufliche und betriebliche Weiterbildung. Doch auch für die allgemeine und die politische Erwachsenen- und Weiterbildung gibt es vielfältige Initiativen und Förderprogramme auf Bundesebene, die zu einer Weiterbildungsrepublik gezählt werden können. Der Autor diskutiert, welchen Beitrag sie zu einer Weiterbildungsrepublik beisteuern, und zeigt Desiderate auf.

Schlagworte: Weiterbildung; Erwachsenenbildung; Bildungspolitik; Weiterbildungseinrichtung; Weiterbildungsangebot; Bildungsförderung; Fachkraft; Qualifikation; Digitalisierung; Ökonomische Bildung; Schriftlichkeit

Zitievorschlag: Tippelt, R. (2024). *Allgemeine Weiterbildung und Erwachsenenbildung in der Weiterbildungsrepublik. weiter bilden*, 31(2), 24-27. Bielefeld: wbv Publikation. <https://doi.org/10.3278/WBDIE2402W006>

E-Journal Einzelbeitrag

Weiterbildungsrepublik ganzheitlich?

Allgemeine Weiterbildung und
Erwachsenenbildung in der
Weiterbildungsrepublik

aus: Weiterbildungsrepublik (WBDIE2402W)

Erscheinungsjahr: 2024

Seiten: 24 - 27

DOI: 10.3278/WBDIE2402W006

Allgemeine Weiterbildung und Erwachsenenbildung in der Weiterbildungsrepublik

Weiterbildungsrepublik ganzheitlich?

RUDOLF TIPPELT

Die Entwürfe der Weiterbildungsrepublik konzentrieren sich stark auf die berufliche und betriebliche Weiterbildung. Doch auch für die allgemeine und die politische Erwachsenen- und Weiterbildung gibt es vielfältige Initiativen und Förderprogramme auf Bundesebene, die zu einer Weiterbildungsrepublik gezählt werden können. Der Autor diskutiert, welchen Beitrag sie zu einer Weiterbildungsrepublik beisteuern, und zeigt Desiderate auf.

In der Nationalen Weiterbildungsstrategie (NWS) ist gut erkannt, dass Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen angesichts des ökonomischen, digitalen, demografischen und ökologischen Wandels individuelle Chancen eröffnen und zugleich einen Beitrag zur Fachkräfte sicherung leisten (BMAS & BMBF, 2019). Obwohl ambitionierte arbeitsmarktpolitische Ziele formuliert und erprobte Konzepte in eine breitere Anwendung gebracht werden sollen, ist die allgemeine und politische Weiterbildung – trotz der Perspektive auf Zukunftskompetenzen – bislang nur wenig berücksichtigt. Allerdings hat die Erste Nationale Weiterbildungskonferenz im November 2023 die Weiterbildungspolitik in Deutschland mit dem Europäischen Jahr der Kompetenzen verknüpft und dadurch den fachlichen Diskurs zur und die Vernetzung mit der allgemeinen und politischen Weiterbildung geöffnet.

In einer neuen Weiterbildungskultur und beim Aufbruch in eine Weiterbildungsrepublik (BMAS & BMBF, 2022) ist es essentiell – über die ökonomischen Schwerpunktsetzungen hinaus –, den kulturellen, allgemeinen und politischen Diskurs gleichwertig einzubeziehen. Neben der Nationalen Weiterbildungsstrategie, dem Qualifizierungschancengesetz, dem Beschäftigungssicherungsgesetz sind daher beispielsweise

das Demokratiefördergesetz (1), Projekte der Alpha-Dekade (2) oder Initiativen zur finanziellen Bildung zielführend (3). Eine besondere Förderung verdient die Weiterbildung im Kontext des bürgerschaftlichen Engagements (4) und der persönlichen Entwicklung über die Lebensspanne (5). Aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive gilt es, durch Weiterbildung die soziale und politische Partizipation Erwachsener zu unterstützen und die wechselseitige Verantwortlichkeit gegenüber den jeweils anderen zu erkennen, um sich solidarisch in sozialen Netzen bewegen zu können. Diese fünf Bereiche werden im Folgenden beleuchtet und ihr Beitrag zur Weiterbildungsrepublik und zu einer neuen Weiterbildungskultur aufgezeigt. Dabei werden auch Desiderate sichtbar.

Gesetzesinitiativen und Förderprogramme für die Erwachsenen- und Weiterbildung

1. Politische Bildung und Demokratiefördergesetz

Wenn man das Gemeinwohl im Blick behält, hat die politische Weiterbildung einen besonderen Stellenwert: Die Entfaltung politischer Kompetenz in öffentlicher Verantwortung ist ein

eigener und von anderen Lernfeldern abgrenzbarer biografischer Lern-, Erfahrungs- und Bildungsraum über die gesamte Lebensspanne. Außerschulische politische Bildung ist subsidiär organisiert und kann nicht gegen die Interessen Erwachsener (wie auch Jugendlicher) realisiert werden. In einer Weiterbildungsrepublik ist die kritische Verarbeitung von Wissen und Information von großer Bedeutung, um Verunsicherungen und Irritationen zu bearbeiten, um Ambiguitätstoleranz, Kompromissbereitschaft und Selbstwirksamkeit zu entdecken und so die Identitätsbildung des Einzelnen zu fördern (Sander, 2023). Obwohl sich politische Bildung seit Ende der 1990er Jahre zu einem festen Bestandteil einer aufklärenden und lernenden politischen Kultur entwickeln konnte, sind doch eine eher

»In einer Weiterbildungsrepublik ist die kritische Verarbeitung von Wissen und Information von großer Bedeutung.«

stagnierende öffentliche Wertschätzung, eine zu geringe Forschung zur politischen Bildung und eine nicht hinreichende Finanzierung von freien Trägern und staatlichen Förderprogrammen zu beklagen (Becker & Krüger, 2018).

Dies könnte sich durch die konsequente Realisierung des Demokratiefördergesetzes ändern (wobei eine Verabschiebung dieses Gesetzes in dieser Legislaturperiode mittlerweile sehr unwahrscheinlich ist): In der Begründung zum Gesetz (Deutscher Bundestag, 2023) wird darauf hingewiesen, dass Deutschland ein weltoffenes Land ist und dass zur Prävention gegenüber jeder Form des politischen oder religiös begründeten Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, insbesondere gegenüber Rassismus, Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Sexismus, Behindertenfeindlichkeit auch die politische Weiterbildung angesprochen ist. Zivilgesellschaftliches Engagement und politische Bildung seien sicher nicht zu verordnen, aber mithilfe verbesserter Rahmenbedingungen können sie unterstützt werden. Die nachhaltige Absicherung von bundesweiten und regionalen Fördermaßnahmen in der politischen Weiterbildung ist im Entwurf verankert. Die Institutionen der Zivilgesellschaft haben im Vorfeld des Gesetzgebungsverfahrens die Bedeutung eines solchen Gesetzes für ihre Arbeit anerkannt. Das Demokratiefördergesetz wendet sich u. a. an Vereine, Organisationen und Initiativen, die durch Bildung über Gefahren für eine solidarische Gesellschaft aufklären. Es soll künftig darum ge-

hen, die finanzielle Unsicherheit für Initiativen wie für die Beschäftigten zu mindern, weil »längerfristig, altersunabhängig und bedarfsorientierter« unterstützt werden soll.

Viele Fachleute haben in den Anhörungen den Gesetzentwurf der Bundesregierung (2023) positiv aufgenommen, sie haben aber auch Verbesserungsbedarf angemeldet: Das Ehrenamt sei nicht hinreichend verankert, die privaten Bildungsträger dürfen nicht vom Staat verdrängt werden, der weltanschauliche Pluralismus sei zu wahren, die Unterschiede von politischer Bildung und Extremismus-Prävention seien genauer zu klären etc. Es bleibt also abzuwarten, ob das Demokratiefördergesetz die früheren Bundesförderprogramme »Toleranz fördern – Kompetenz stärken«, »Initiative Demokratie stärken« und »Zusammenhalt durch Teilhabe« auf eine nachhaltigere Grundlage stellen kann – die Realisierung bleibt derzeit unscharf, und der sicher mögliche Beitrag zu einer »Weiterbildungsrepublik« ist noch nicht gewährleistet. Vielleicht kann die bislang projektförmige Förderung von Initiativen und Einrichtungen auch unter dem Bundesprogramm »Demokratie leben!« (2. Förderphase 2020–2024, Fördervolumen 2023: 182 Millionen Euro; BMFSFJ, 2023) nachhaltiger gestaltet werden. Ein Rückgang der Förderung in der politischen Bildung wäre angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen zur sozialen Kohäsion dysfunktional (Aktionsrat Bildung, 2024, S. 29).

2. Literalität und Grundbildung

In einer komplexen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft mit einer anspruchsvollen Demokratie sind heute die fachlich stark diskutierten Alphabetisierungs- und Literalitätsprobleme großer sozialer Gruppen (Grotlüschen, 2021) – 6,2 Millionen Erwachsene, also zwölf Prozent der deutschsprachigen Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren – sowie das Fehlen von Schul- und Berufsabschlüssen ein Hindernis politischer, sozialer und wirtschaftlicher Partizipation. Wenn man die aktuellen Ergebnisse zum Kompetenzerwerb in den Grundschulen (IGLU) berücksichtigt, ist mit zeitlicher Verzögerung in den nächsten Jahren im Erwachsenenalter weiter ein hoher Förderbedarf im allgemeinen sprachlichen Bereich zu erwarten. Selbstverständlich gehören Numeralität und Rechenkompetenz in gleicher Weise zur individuellen Grundbildung (s. u.).

Ein weiteres Feld des erhöhten Förderbedarfs ergibt sich aus der Migration nach Deutschland. Zuwanderung ist schon aus demografischen Gründen und wegen des offensichtlichen Fachkräftebedarfs auch künftig notwendig. Dies hat für die weiteren Entwicklungen in der beruflichen und sicher auch in der allgemeinen (insbesondere sprachlichen) Weiterbildung starke und regional differenzierte Auswirkungen. Die akuten Fluchterfahrungen großer Bevölkerungsgruppen (z. B. aus der Ukraine) und der außereuropäische Zuzug haben u. a. die Anforderungen an die Sprach- und Integrationskurse in der Grundbildung verstärkt. In der Erwachsenen- und Weiterbil-

dung geht man zurecht davon aus, dass soziale und kulturelle Mobilität eine beidseitige Anstrengung an die zuziehenden neuen und die angestammten einheimischen sozialen Gruppen darstellt (Öztürk, 2023). Die sprachliche und die berufliche Integration haben durch das hohe Engagement der allgemeinen Weiterbildung und durch staatlich geförderte Programme in der Grundbildung zu den bisherigen Integrationserfolgen erheblich beigetragen.

In der »Nationalen Dekade zur Alphabetisierung und Grundbildung – BMBF« von 2016 bis 2026 (Fördervolumen: rund 180 Millionen Euro, AlphaDekade 2023) werden beide angesprochenen Problembereiche adressiert, und man ist bestrebt, die Handlungsfelder auszuweiten und qualitativ zu verbessern: Schriftsprachlichkeit im beruflichen und gesellschaftlichen Alltag, sinnverstehendes Lesen und Schreiben (literacy), Rechenfähigkeit (numeracy), Grundkompetenzen im IT-Bereich, Gesundheitsbildung, finanzielle Grundbildung, soziale Grundkompetenzen. Aber die Gelingensfaktoren von Lehr- und Lernprozessen sind noch genauer auf die Zielgruppen abzustimmen, und die Wirksamkeit von Lernprozessen ist zu evaluieren, die Lernangebote sind zu erweitern, indem kooperierende Einrichtungen stärker einbezogen werden (z.B. Schuldnerberatungen, Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, Krankenkassen, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Migrationsverbände). Es geht darum, das lebensbegleitende Lernen positiv zu erleben und Grundbildung als Querschnittsthema in öffentlichen Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen zu verankern, regionale Netzwerke durch Bildungsmanagement zu stärken (BMBF, 2023b; Alpha-Dekade, 2023) und die Fortbildung des pädagogischen Personals in bundesweiten Fortbildungsakademien aufzubauen.

3. Initiative zur finanziellen Bildung

Es geht bei dieser Initiative des BMBF (2023c) in Kooperation mit der OECD darum, evidenzbasierte Angebote zur finanziellen Bildung für alle Lebensphasen zu entwickeln. Dabei ist es das Ziel, solche Lernangebote zu erarbeiten, die den realen Interessen und den tatsächlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen.

Finanzielle Bildung wird als eine Grundvoraussetzung für kompetente ökonomische Teilhabe in modernen Gesellschaften gesehen, weil finanziell kompetente Individuen besser dazu in der Lage sind, finanzielle Herausforderungen zu bewältigen und langfristige Finanzentscheidungen zu treffen. Es geht darum, beim existentiellen Thema »finanzielle Bildung« Bildungsbarrieren abzubauen. Relevant ist für die Weiterbildung, dass finanzielle Bildung dabei als ein wesentlicher Teil der Allgemeinbildung gilt. Die geförderten Vorhaben sollen z.B. untersuchen, welche begünstigenden oder hemmenden Faktoren für eine gelingende finanzielle Bildung in den verschiedenen Lebensphasen beschreibbar sind und welche Qua-

lifizierungsangebote im Bereich der finanziellen Bildung für das Lehrpersonal und die Planenden in der Erwachsenenbildung notwendig sind.

Die Stärkung der finanziellen Bildung über alle Lebensphasen steht also im Fokus dieser neuen Bundesinitiative, und dies ist unbedingt eine Herausforderung für die allgemeine Weiterbildung und die Erwachsenenbildungsforschung.

4. Kultur macht stark!

Das wichtige Programm »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« fördert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) seit 2013 mit jährlich bis zu 50 Millionen Euro, um kulturelle Bildungsprojekte für junge Menschen, die sonst wenig Zugang zu diesen Angeboten haben, zu öffnen. Das Programm richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene, dennoch engagieren sich auch Erwachsenenbildungseinrichtungen (z. B. der DVV, BMBF 2023d), denn die aktive Beschäftigung mit Kunst und Kultur gibt auch Erwachsenen Selbstvertrauen und weckt Teamgeist, fördert Kreativität und schafft Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe und Bildungserfolg. In »Kultur macht stark« schließen sich Akteure vor Ort zu Bündnissen für Bildung zusammen, und es vernetzen sich kulturelle Einrichtungen und außerschulische Bildungsorte wie Theater oder Bibliotheken mit Einrichtungen, wie z. B. Schulen oder Jugendzentren, Horte oder Sportvereine (BMBF, 2023a). Weil solche Bündnisse das zivilgesellschaftliche Engagement vor Ort nachhaltig stärken, wäre es sehr sinnvoll, solche Netzwerke für eine breitere kulturelle Bildung auch für Erwachsene vermehrt zu schaffen.

5. Demografischer Wandel und Bildung über die Lebensspanne

Global und auch in Deutschland ist ein für die Weiterbildung äußerst folgenreicher Wandel des Altersaufbaus der Bevölkerung zu konstatieren (Tippelt, 2023). Wenn man prognostisch auf das Jahr 2040 blickt, so zeigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts bei einer mittleren Zuwanderung, dass nicht mehr die 50- bis 60-Jährigen die stärksten Jahrgänge sein werden, sondern die 70- bis 80-Jährigen. Die Bildungsexpansion hat das Weiterbildungsverhalten Erwachsener schon heute verändert (BMBF, 2021). Der Ausbau der allgemeinen Alternsbildung ist in den nächsten Jahrzehnten notwendig, weil sowohl bei älteren Arbeitnehmer*innen als auch bei Menschen im so genannten »Ruhestand« neue Lerninteressen festzustellen sind, wobei die über 70-Jährigen kognitive, soziale und motorische Angebote stärker nachfragen als früher. Bildung und Lernen der Älteren und der Hochaltrigen sind heute als individuelle Resilienzfaktoren für ein gesundes Altern zu bewerten. Da es nach der Kritik der Defizithypothese des Alterns (Kruse, 2007) anerkannt ist, dass kognitive, soziale, motorische Aktivitäten und Kompetenzen auch im Alter gefördert werden

können, ist eine Schwerpunktsetzung in der Weiterbildungsrepublik in diesen Bereichen der Weiterbildung dringend erforderlich.



Ausblick: Weiterbildungsrepublik in ihrer ökonomischen und sozialen, aber auch in ihrer kulturellen und politischen Dimension

Bundesweit gibt es Zugänge zu Angeboten und Programmen sowie eine Nachfrage in der allgemeinen und politischen Weiterbildung, die diesen Bereich dem Begriff der Weiterbildungsrepublik zumindest näher bringen: digitale Weiterbildung und regionale Kooperationen, Zukunfts- und Schlüsselkompetenzen, Alphabetisierung und Förderung von Grundkompetenzen, Beratung und Kompetenzerfassung für unterrepräsentierte Gruppen und die wissenschaftliche Analyse der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen des Weiterbildungspersonals (BMAS & BMBF, 2022). Allerdings gilt es, diese Förderinitiativen zu stabilisieren. Wenn man die allgemeine und politische Weiterbildung fokussiert, wird man feststellen müssen, dass es zwar projektförmige Förderungen gibt, dass aber strukturbildende und gesetzlich verbindliche Initiativen nur wenig sichtbar sind. Die Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit ist ein äußerst wichtiges Ziel, aber die Ziele Partizipation, individuelle Urteilsfähigkeit und soziale Kohäsion sind in einer Weiterbildungsrepublik sicher gleich zu gewichten. Man wird eine »Weiterbildungsrepublik« erst dann valide diagnostizieren können, wenn die ökonomischen und sozialen, die kulturellen und die politischen Dimensionen der Erwachsenen- und Weiterbildung finanziell umfangreich, strukturell nachhaltig und öffentlich gleichwertig adressiert werden.



PROF. DR. RUDOLF TIPPELT

ist Lehrstuhlinhaber i. R. für Allgemeine Pädagogik und Bildungsforschung an der LMU München.

Tippelt@edu.lmu.de

Aktionsrat Bildung (2024). *Bildung und sozialer Zusammenhalt*. vbw-Gutachten. Münster: Waxmann.

AlphaDekade. (2023). *AlphaDekade Konferenz 2023*. www.alphadekade.de/de/AlphaDekade_Konferenz_2023/konferenz23_node.html

Becker, H. & Krüger, T. (2018). Weiterbildung und Politik. In R. Tippelt & A. von Hippel, (Hrsg.), *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung*. Wiesbaden: Springer vs.

BMAS & BMBF (2019). *Strategiepapier Nationale Weiterbildungsstrategie*. www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Aus-Weiterbildung/strategiepapier-nationale-weiterbildungsstrategie.pdf?__blob=publicationFile&v=3

BMAS & BMBF (2022). *Fortführung und Weiterentwicklung: Nationale Weiterbildungsstrategie. Gemeinsam für ein Jahrzehnt der Weiterbildung – Aufbruch in die Weiterbildungsrepublik*. www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Aus-Weiterbildung/nws-fortfuehrung-und-weiterentwicklung.pdf?__blob=publicationFile&v=3

BMBF (Hrsg.) (2021). *Weiterbildungsverhalten in Deutschland 2020. Ergebnisse des Adult Education Survey*. AES-Trendbericht. Berlin: BMBF.

BMBF (2023a). *Abschlussbericht. Evaluation und Monitoring »Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung« (zweite Förderphase 2018–2022)*. Zusammenfassung der Ergebnisse. www.bmbf.de/Shared-Docs/Downloads/de/2024/KMS_Evaluation_Monitoring_kurz.pdf?__blob=publicationFile&v=2

BMBF (2023b). *Monitoring-Bericht. (Zwischen-)Ergebnisse der vom BMBF im Rahmen der AlphaDekade geförderten Projekte für das Jahr 2021*. https://www.alphadekade.de/SharedDocs/Downloads/DE/monitoringberichte/Monitoringbericht_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=1

BMBF (2023c). Richtlinie zur Förderung von Projekten zum Thema Forschung zu finanzieller Bildung, *Bundesanzeiger* von 28.11.2023 [Bekanntmachung]. www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/bekanntmachungen/de/2023/11/2023-11-28-Bekanntmachung-finanzielle-Bildung.html

BMBF (2023d). *Kultur macht stark (2023–2027)*. www.buendnis-fuer-bildung.de/buendnisfuerbildung/de/programm/Kultur-macht-stark-2023-2027/Kultur-macht-stark-2023-2027_node.html

BMFSFJ (2023). *Bundesprogramm »Demokratie leben!«*. [www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/bundesprogramm-demokratie-leben-73948](http://bmfsfj.themen/engagement-und-gesellschaft/bundesprogramm-demokratie-leben-73948)

Deutscher Bundestag (2023). *Gesetzentwurf der Bundesregierung. Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz – DFördG)*. (Bundestags-Drucksache 20/5823), 1. März 2023. Berlin.

Grotlüschen, A. (Hrsg.). (2021). *Alphabetisierung und Grundbildung von Erwachsenen*. Zeitschrift für Pädagogik, 67. Beiheft. Weinheim: Beltz/Juventa.

Kruse, A. (Hrsg.) (2007). *Weiterbildung in der zweiten Lebenshälfte. Multidisziplinäre Antworten auf Herausforderungen des demografischen Wandels*. Bielefeld: W. Bertelsmann.

Öztürk, H. (2023). Migration. In R. Arnold, E. Nuissl & J. Schrader (Hrsg.), *Wörterbuch Erwachsenen- und Weiterbildung* (3. Aufl.) (S. 294–298). Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Sander, W. (2023). Politische Bildung. In R. Arnold, E. Nuissl & J. Schrader (Hrsg.), *Wörterbuch Erwachsenen- und Weiterbildung* (3. Aufl.) (S. 287–289). Bad Heilbrunn: Klinkhardt.

Tippelt, R. (2023). *Bildung und Demographie: Perspektivenübernahme vor dem Hintergrund des globalen demographischen Wandels*. In J. Franz, G. Lang-Wojtasik, G. C. Rau & S. Timm (Hrsg.), *Zwischen (Welt-)Gesellschaft und (Welt-)Gemeinschaft. Fragen an die Pädagogik* (S. 103–116). Münster: Waxmann